

naten Mai und Dezember 2011 auf.

In Abbildung 2 sind die Abweichungen der Säuglingssterblichkeit vom Trend dargestellt. Die gestrichelten Linien zeigen den Bereich von 2 Standardabweichungen, in dem normalerweise 95% der Datenpunkte liegen sollten.

Der Test auf Erhöhung der Sterblichkeit in den Monaten April 2011 bis Mai 2012 gegenüber dem extrapolierten Trend der Daten vor April 2011 ergab einen Anstieg um 4,0 % ($P=0.100$).

Die japanischen Ergebnisse werden im Folgenden mit dem Verlauf der Monatsdaten der frühen Säuglingssterblichkeit aus Westdeutschland, 1980 bis 1993, verglichen (siehe Abbildung 3). Abbildung 4 zeigt wieder die Abweichungen der frühen Säuglingssterblichkeit vom langjährigen

Trend. Auffällige Erhöhungen finden sich im Juni 1986, im Februar 1987 und im November 1987.

Die Maxima in den deutschen Daten im Februar und November 1987 lassen sich mit der Strahlenbelastung des Embryos über die Cäsiumbelastung der Schwangeren erklären. Der Peak im November 1987 kann mit einer Zunahme der Strahlenbelastung der Kuhmilch während des Winters 1986/87 erklärt werden; über den Winter wurde das im Vorsommer geerntete kontaminierte Gras als Silage an die Milchkühe verfüttert. Der Peak im Februar 1987 entspricht dem Anstieg im Dezember 2011 in den japanischen Daten; in beiden Fällen ist der zeitliche Abstand zur Reaktorkatastrophe etwa gleich groß.

Für den Peak in den japanischen Daten im Mai 2011,

zwei Monate nach Fukushima, kennt der Autor keine strahlenbiologische Erklärung. Weil aber auch in Deutschland im Juni 1986, 2 Monate nach der Tschernobylkatastrophe am 26. April 1986, ein Maximum der Säuglingssterblichkeit auftritt, liegt auch dafür eine Strahlenursache nahe.

Rückgang der Geburten

Interessant ist auch, dass sich in Japan im Dezember 2011 ein signifikanter Rückgang bei der Zahl der Geburten zeigt (minus 4,7%, $P=0,007$, siehe Abbildung 5). Wesentlich größer ist der Einbruch der Geburtenzahl in der Präfektur Fukushima (minus 15,4%, $P=0,0001$). Im Monat davor (November 2011) und im Monat danach (Januar 2012) gibt es keine Auffälligkeit.

Ein ähnlicher Effekt findet sich nach Tschernobyl in Bayern. Im Februar 1987, 9 Mo-

nate nach der Reaktorkatastrophe, sank die Geburtenzahl um 8,7% gegenüber dem Erwartungswert. Der Rückgang ist wie in Japan auf einen Monat (Februar 1987) beschränkt; in den Monaten Januar und März 1987 zeigen sich keine Auffälligkeiten. In Südbayern, wo die Cäsium-Bodenbelastung deutlich höher war als in Nordbayern, ist der Geburtenrückgang ausgeprägter (minus 11,5%, $P=0.001$, siehe Abbildung 6) als in Nordbayern (minus 5,0%, $P=0,162$). Die Ursache des Geburtenrückgangs könnte ein strahlenbedingter Verlust von Eizellen in den ersten Tagen nach Befruchtung sein.

Körblein A, Küchenhoff H. Perinatal mortality in Germany following the Chernobyl accident. *Radiat Environ Biophys.* 1997 Feb;36(1):3-7. ●

Katastrophenplanung

Der atomare Katastrophenschutz ist veraltet und zu kleinräumig

IPPNW: Die Innenminister sind tatenlos und die Katastrophenschutzbehörden sind überfordert

Anlässlich der Herbsttagung der Innenministerkonferenz vom 5. bis 7. Dezember 2012 in Rostock-Warnemünde wendet sich die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW mit einem Offenen Brief zum Katastrophenschutz an alle Innenminister Deutschlands. Auf der Konferenz wird über die Konsequenzen beraten, die sich aus dem Super-GAU von Fukushima für die noch laufenden Atomkraftwerke in Deutschland ergeben. Eine Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz vom Frühjahr 2012 zeigt die Unmöglichkeit auf, im Fall einer Atomkatastrophe notwendige Zwangsumsiedlungen von Hunderttausenden von Menschen zu realisieren.

„Der Katastrophenschutz bei

einem AKW-Unfall mit Freisetzung radioaktiver Spaltprodukte ist veraltet und zu kleinräumig ausgelegt“, sagt IPPNW-Vorstandsmitglied Reinhold Thiel. Das gelte für ganz Deutschland und für alle noch laufenden Atomkraftwerke in Gundremmingen, Philippsburg, Grafenrheinfeld, Grohnde, Brokdorf, Isar, Emsland und Neckarwestheim.

Mit einem Hintergrundpapier und neu ausgearbeitetem Kartenmaterial zeigt die IPPNW, daß radioaktive Spaltprodukte im Falle eines atomaren Unfalls nicht an einer 25-km-Grenze haltmachen werden, so wie es die bisherigen veralteten Vorsorgepläne vorsehen. Laut der Studie des Bundesamtes für

Strahlenschutz würden große Gebiete bis zu 170 Kilometer verstrahlt. Evakuierungspläne existieren nur bis 25 Kilometer. Bei über mehrere Tage und Wochen anhaltenden Belastungen sind wechselnde Windrichtungen für die radioaktive Kontamination wahrscheinlich. Zügige Evakuierungsmaßnahmen würden so in vielen Regionen gleichzeitig erforderlich. Die Katastrophenschutz-Rahmengesetzgebung der Innenminister ist vor dem Hintergrund der Neubewertung der Folgen einer Atomkatastrophe nach Fukushima komplett überholt. Alle ausführenden Katastrophenschutzbehörden wären nicht in der Lage, schnell die erforderlichen Evakuierungen durchzuführen.

„Wegen der Unmöglichkeit einer verantwortlichen Katastrophenschutzvorsorge im dichtbesiedelten Deutschland ist die umgehende Abschaltung aller Atomkraftwerke bei uns zwingend geboten. Der Schutz der Bürger muß Vorrang haben vor wirtschaftli-

chen Interessen der Konzerne“, so Thiel.

Der Offene Brief der IPPNW an die Innenminister ist im Internet zu finden unter http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/offener_brief_innenminister_30112012.pdf Das Hintergrundpapier der IPPNW mit Grafiken zu Katastrophenschutz-Radien und radioaktiven Belastungen für Erwachsene und Kinder am AKW Gundremmingen sind zu finden unter http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/20121130_Hintergrundpapier_Katastrophenschutz.pdf ●

Atommüll-Endlagerung

Die Endlager-suche ruht weiterhin bis zu den nächsten Wahlen

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat die Erkundungsarbeiten am möglichen Atommüll-Endlager in Gorle-

ben bis zur Bundestagswahl im September 2013 ausgesetzt. Das erklärte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) am 30. November 2012 in Berlin. Gleichzeitig ließ er jedoch den zum 31. Dezember 2012 auslaufenden Betriebsplan für Gorleben als Offenhaltungsbetrieb bis September 2013 verlängern. Den Erkundungsstopp hatte bereits sein Vorgänger Norbert Röttgen versprochen, bis ein Gesetz zur Endlagersuche steht, sollten Bagger und Bohrer ruhen. SPD, Grüne und CDU verzögerten bisher aus diversen wahltaktischen Gründen nicht nur eine Einigung, sondern strebten auch lediglich einen Parteienkonsens an, ohne Beteiligung von Umweltverbänden und Bürgern. Der bisherige Ablauf zeigt, daß ein echter Neustart der Endlagersuche nur gelingen kann, wenn Gorleben vorab ausscheidet. Denn die Kriterien für ein geeignetes Endlager lassen sich nicht mit ständigem Blick auf Gorleben festlegen. Die einen wollen sonst Kriterien so festlegen, daß Gorleben übrigbleibt, die anderen so, daß Gorleben ausscheidet.

Jetzt erklärte Altmaier, er werde auf Wunsch von SPD und Grünen neue Verhandlungen auf die Zeit nach der Niedersachsen-Wahl verschieben. Denn der niedersächsische CDU-Ministerpräsident David McAllister bangt um seine Wiederwahl, weshalb er vorschlug, nach einem untertägigem Dauer-Zwischenlager zu suchen, mit gewährleisteteter Rückholbarkeit des Atom- mülls. Damit würde Gorleben ausscheiden, denn das Salz von Gorleben würde die Fässer nach und nach umschließen, was eine Rückholung verhindert. In dem mit Wasser vollaufenden Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel ist eine bereits verschlossene Kammer mit 4.300 Atommüll-Fässern trotz Erkundungsbohrungen immer noch nicht wiedergefunden worden.

Nach der Wahl in Niedersachsen soll ein eiliger Kompromiß zwischen den Parteien gefunden werden. Bis Ostern 2013 will Altmaier ihn dann vom Kabinett und noch vor der Sommerpause vom Bundestag beschließen lassen.

Nun wollen die Atomkraftgegner die Atommülldebatte neu starten und fordern einen „Zukunftsrat“. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) reagiert damit auf „das Versagen der politischen Parteien“, einen Neustart der Endlagersuche zu beginnen. „In einem Zukunftsrat muß die interessierte Öffentlichkeit eine gewichtige Rolle spielen, frei von Parteiinteressen“, erklärte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Die Parteien sitzen das Thema von Wahl- zu Wahltermin konsensual aus“, das zeige, daß sie die falschen Akteure sind. ●

In eigener Sache

Neuer Abonnementspreis

Trotz Teuerung betrug der Abonnementspreis von Strahlentelex mit ElektrosmogReport jetzt vier Jahre lang stabil 72,00 Euro. Um die roten Zahlen möglichst klein zu halten und die Unabhängigkeit des Informationsdienstes zu gewährleisten, müssen es ab Januar 2013 künftig 78,00 Euro für das Abonnement mit 12 Ausgaben jährlich sein. Für die laufenden Abonnements ändert sich aber noch nichts. Erst bei der Verlängerung erscheint der neue Bezugspreis auf der Rechnung. Und falls Sie uns eine Lastschriften-Einzugsermächtigung gegeben haben, wird bei Fälligkeit automatisch der richtige Betrag abgebucht.

Wir bitten um Ihr Verständnis und wünschen für die kommenden Feiertage und den Jahreswechsel alles Gute.

Ihr Strahlentelex mit
ElektrosmogReport ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 78,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/Wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex. **Redaktion Strahlentelex:** Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frenzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthias †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 72,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzel Exemplare EURO 7,20, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2012 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288